

FPÖ: Karlsböck fordert mehr Medizin-Studienplätze und die Rückkehr zum Herkunftslandprinzip

Utl.: „Eklatante soziale Schieflage muss beseitigt werden“ =

Wien (OTS) - Der Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses im Nationalrat und freiheitliche Wissenschaftssprecher, NAbg. Dr. Andreas F. Karlsböck, verortet bei den derzeit geltenden Zugangsregeln zum Medizinstudium eine eklatante soziale Schieflage, die nur durch ein umfassendes Maßnahmenpaket beseitigt werden könne: die Schaffung zusätzlicher Medizin-Studienplätze, Ausgleichszahlungen der EU für den „Überhang“ ausländischer Studierender und die Rückkehr zum Herkunftslandprinzip.

„Angesichts der massiven Abwanderung von Medizin-Absolventen ins Ausland müssten beim Wissenschaftsminister alle Alarmglocken schrillen und ich wundere mich, dass er bis jetzt nichts gegen diese dramatische Entwicklung unternommen hat“, sagt Karlsböck. Es gehe schließlich nicht nur darum, die medizinische Versorgung in Österreich sicherzustellen, sondern auch die eklatante soziale Schieflage zu beseitigen, die dadurch entstanden sei, dass wohlhabende Familien, die es sich leisten könnten, ihre Sprösslinge zunehmend auf Privatunis schickten, während sozial Schwächere infolge eingeschränkter Studienplätze und strenger Zugangsbeschränkungen an den staatlichen medizinischen Universitäten das Nachsehen hätten. „Das ist das Gegenteil dessen, was die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung stets propagiert, und führt schnurstracks in eine Zweiklassen-Gesellschaft“, betont der freiheitliche Wissenschaftssprecher.

Karlsböck fordert daher als Sofortmaßnahme die Schaffung zusätzlicher Studienplätze an den medizinischen Universitäten, in weiterer Folge die Beseitigung jener Nachteile, die heimischen Studierenden aus dem Zustrom ausländischer Studierender erwachsen. „Das ist wiederum nur möglich“, betont der freiheitliche Wissenschaftssprecher, „wenn die Bundesregierung endlich mit der EU über Ausgleichszahlungen für den jährlich 600 Millionen Euro verschlingenden ‚Überhang‘ ausländischer Studierender verhandelt, die einen heimischen Studienplatz in Anspruch nehmen.“

Und schließlich müsse angesichts des heuer auslaufenden Moratoriums

für die geltende 75-Prozent-Quote für heimische Studierende das „Herkunftslandsprinzip“ wiedereingeführt werden, um „Numerus-Clausus-Flüchtlinge“ auch dann abzuwehren, wenn die Beibehaltung einer Quote nicht mehr möglich sei. „Wobei auch der ständige Verweis auf widerstreitendes EU-Recht auf Dauer inakzeptabel ist“, so Karlsböck, „denn wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.“

~

Rückfragehinweis:

Freiheitlicher Parlamentsklub
01/ 40 110 - 7012
presse-parlamentsklub@fpoe.at
<http://www.fpoe-parlamentsklub.at>
<http://www.fpoe.at>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/4468/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0114 2016-08-24/13:28

241328 Aug 16

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160824_OTS0114